Schweden

RUTGER LINDAHL

Am 13. November 1994 fand in Schweden ein historisches Ereignis statt. Die Mehrheit der schwedischen Wählerschaft sprach sich für die Mitgliedschaft in der Europäischen Union (EU) aus. Dennoch war es ein ziemlich knapper Sieg, der erst in den letzten Tagen vor dem Referendum als sicher erachtet werden konnte. 52% stimmten mit „Ja", 47% mit „Nein", und 1% enthielt sich der Stimme. Das Resultat als solches sowie die dem Referendum folgende Debatte waren für die schwedischen Politiker ein deutliches Signal, daß Schwedens Beziehungen zur EU und seine Stellung in dieser bis zur Regierungskonferenz 1996 weiterhin ganz oben auf der politischen Tagesordnung stehen werden.

Der Weg zur Europäischen Union

Schwedens Neutralitätspolitik ist größtenteils ein Produkt des Kalten Krieges und des Ost-West-Konflikts. Allerdings verlor sie mit dem Fall der Berliner Mauer 1989, der Wiedervereinigung der beiden deutschen Staaten und der Auflösung des Warschauer Paktes als Argument an Bedeutung. Erst nachdem die schwedische Wirtschaft ernsthaft von der Rezession 1990/91 getroffen worden war, bewirkte der Druck nach wesentlicher Veränderung der Haltung Schwedens eine Regierungserklärung (Oktober 1990) und einen Parlamentsbeschluß, sich für die Mitgliedschaft in der EG zu bewerben (Dezember 1990). Die offizielle Bewerbung wurde am 1. Juli 1991 durch die sozialdemokratische Regierung übergeben. Drei Monate später verloren die Sozialdemokraten die Wahlen, und eine Vier-Parteien-Koalitionsregierung, bestehend aus der Gemäßigten Partei (Moderate Party, MP), der Liberalen Partei (Liberal Party, LiP), der Zentrumspartei (Centre Party, CP) und Christdemokratischer Partei (Christ Democratic Party, CDP), trat im Oktober 1991 ins Amt.

Die sozialdemokratische Regierung mußte schon 1990 Maßnahmen ergreifen, um zu verhindern, daß sich die wirtschaftliche Situation untragbar verschlechterte. Die neue Koalitionsregierung unter der Leitung des Premierministers Carl Bildt mußte diese mühsame und undankbare Aufgabe übernehmen. 1991 erfuhr Schweden zum ersten Mal ein negatives BIP-Wachstum (–1,1%), und 1992 mußte die Regierung neue und noch weitreichendere Sparmaßnahmen durchführen. Die Staatsverschuldung stieg, und die Krone wurde von den internationalen Währungsspekulanten unter starken Druck gesetzt. Bei ihren fast verzweifelten Versuchen, die Abwertung der Krone zu stoppen, setzte die Schwedische Zen-

tralbank die Zinsrate für kurze Zeit auf astronomische 500% fest. So verwundert es nicht, daß viele Beobachter 1992 und 1993 als verlorene Jahre für die schwedische Wirtschaft ansahen. Die Arbeitslosenrate überstieg die 10%-Marke. Die Staatsverschuldung stieg weiter auf mehr als 75% des BIP, und erst Ende 1993 zeigte das reale BIP Anzeichen einer Erholung. Import- und Exportzahlen waren 1993 eingebrochen.

Für viele Schweden war dieser Entwicklungstrend zumindest teilweise eine Konsequenz aus der Angleichung Schwedens an die EG und deren Vorschriften. Meinungsumfragen ergaben 1992 und 1993, daß die Unterstützung für eine schwedische EG-Mitgliedschaft in der Bevölkerung nachließ. Ende 1993 sprachen sich lediglich 25% der Wählerschaft für eine Mitgliedschaft aus, während fast doppelt so viele dagegen waren.

1994 – ein schwedisches Superwahljahr

1994 war nicht nur für Deutschland, sondern auch für Schweden ein Superwahljahr, wenngleich hier nur eine Wahl und ein Referendum stattfanden. Für Schweden waren diese jedoch von ungewöhnlich großer Bedeutung. Die sich fortsetzende Abwertung der freigegebenen Krone half der schwedischen Exportindustrie ab 1993 in fast allen Bereichen neue Marktanteile zu gewinnen oder alte zurückzuerobern. 1994 verzeichnete das reale BIP wieder ein positives Wachstum (etwa 2%). Die Inflationsrate war von 4,7% 1993 auf 2,2% im Jahr 1994 gefallen. Die Arbeitslosigkeit war dennoch ungewöhnlich hoch. 1994 waren fast 15% der Erwerbsfähigen entweder arbeitslos (53%) oder nahmen an speziellen Berufs- oder Fortbildungsprogrammen teil. Die Zahl der Arbeitslosen hatte sich seit 1990 verdreifacht. Doch wurde dieser Anstieg im Laufe des Jahres 1994 gestoppt. Die Arbeitslosenzahl sank sogar noch im letzten Quartal des gleichen Jahres. 43% der Arbeitnehmer waren im Dienstleistungssektor beschäftigt, 33% im öffentlichen Sektor, 20% in der Industrie und 4% in der Land- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei.

Industrielle Produktion sowie industrielle Produktivität konnten über das Jahr 1994 hinweg wesentlich gesteigert werden. Diese neue Tendenz war hauptsächlich sichtbar in der Zellstoff- und Papierindustrie sowie der chemischen Industrie und im Maschinenbau – alles Bereiche, die für den schwedischen Export von großer Bedeutung sind. Die Beschäftigungssituation verbesserte sich dennoch nur gering. Ursache hierfür waren in erster Linie der effektive Einsatz von Maschinen (computergestützte Produktion und Automatisierung) sowie die immer noch vorsichtige Haltung der Unternehmensleitungen gegenüber einer Vergrößerung der Belegschaft, die sich kritisch gegenüber der Kontinuität des wirtschaftlichen Aufschwungs zeigten.

Das Abkommen aus dem Jahr 1994 ermöglichte der schwedischen Industrie einen leichteren Einstieg in den Gemeinsamen Markt. Da jedoch ungefähr 55% der Import- und Exportgeschäfte Schwedens auf dem Gemeinsamen Markt abge-

wickelt wurden, betonten Vertreter von Industrie und Handel die Forderung nach der Vollmitgliedschaft in der EU. Nach ihrer Ansicht würde die Mitgliedschaft für Schweden die Aufnahme in die Zollunion und eventuell auch in die zukünftige Wirtschafts- und Währungsunion bedeuten.

Die nicht-sozialistische Vier-Parteien-Koalitionsregierung stand in der ersten Hälfte 1994 aufgrund der wachsenden Staatsverschuldung, der internationalen Angriffe auf die schwedische Währung sowie interner Dispute über den Bau der Öresund-Brücke zwischen Südschweden und Dänemark unter ständigem Druck. Auch wenn sich die wirtschaftlichen Aussichten für das Frühjahr 1994 verbesserten, zeigten Meinungsumfragen, daß bei den für den 18. September angesetzten Parlamentswahlen wahrscheinlich ein Regierungswechsel anstehen würde.

Sozialdemokraten gelangen wieder an die Macht

Einige Monate vor den Wahlen erwarteten Meinungsforscher eine absolute Mehrheit der Sozialdemokratischen Partei (Social Democratic Party, SDP) im schwedischen Parlament. Das endgültige Wahlergebnis verzeichnete einen Stimmenanteil von 45,4% für die SDP. Dies war das beste Resultat in 20 Jahren, aber es bedeutete auch, daß die SDP die absolute Mehrheit verfehlt hatte. Die Gemäßigte Partei (Moderate Party, MP) als führende Partei der scheidenden Regierung sowie die Linke Partei (Left Party, LeP) und die Grüne Partei (Green Party, GP) erzielten gute Ergebnisse. Die Grüne Partei kehrte nach dreijähriger Abwesenheit ins Parlament zurück. Dominiert wurde die politische Debatte nach der Wahl von der Frage, aus welchem Lager sich die SDP Unterstützung suchen würde: bei der erstarkten LeP, der GP oder bei den Parteien des politischen Zentrums.

Partei	**1991**	**1994**
Die Konservative Partei	21,9	22,4
Die Zentrumspartei	8,5	7,7
Die Liberale Partei	9,1	7,2
Die Christdemokratische Partei	7,1	4,1
Die Grüne Partei	3,4	5,0
Neue Demokratie	6,7	1,2
Die Sozialdemokraten	37,7	45,3
Die Linke Partei	4,5	6,2
Andere	1,0	1,0

Quelle: Statistisches Amt, 1994.

In ihrer Regierungserklärung legte die neue SDP-Regierung unter Premierminister Ingvar Carlsson den Schwerpunkt auf fünf wichtige Aufgaben für die kommenden vier Jahre der Legislaturperiode. Oberste Priorität bekamen hierbei Maßnahmen zur Senkung der Staatsschulden und zur Bekämpfung der hohen Arbeitslosenrate sowie die Unterstützung einer intensiveren europäischen Zusammenarbeit in allen Bereichen und die Bemühungen, der EU beizutreten. Nach Meinungsumfragen spielte die SDP-Wählerschaft bei dem bevorstehenden Referendum eine entscheidende Rolle. Zwei Monate vor dem Referendum wollten 40% mit „Nein" stimmen, 30% mit „Ja", und weitere 30% waren unentschlossen. Jedoch tendierte die Mehrheit der Unentschlossenen zu „Nein". Nachdem die SDP nach den Wahlen von 1991 nicht mehr im Amt und somit nicht mehr verantwortlich war, daß eine EU-freundliche Politik verfolgt wurde, ließ die Unterstützung für eine Mitgliedschaft Schwedens in der EU unter den SDP-Wählern wesentlich nach. Ungeachtet der Tatsache, daß die gesamte Parteiführung sich für ein „Ja" aussprach, blieb der Anteil der „Nein"-Anhänger hoch und beständig. Vor diesem Hintergrund und den Erfahrungen eines ähnlichen Szenarios 1972 in Norwegen gab die Regierung Carlsson zwei bedeutende Erklärungen ab. Die eine informierte darüber, daß die neue Regierung zwei Minister aufnehmen würde, die als Gegner einer EU-Mitgliedschaft galten. Auf diese Weise fühlten sich die „Nein"-Befürworter in der SDP in ausreichendem Maß in der Parteispitze repräsentiert. Die zweite Erklärung war eine persönliche Stellungnahme von Premierminister Carlsson, der erklärte, daß er sich persönlich mit ganzer Kraft für ein „Ja" im Referendum einsetzen werde.

Die Gemäßigte Partei (MP) und die Liberale Partei (LiP) waren seit langem die stärksten Befürworter eines „Ja". Ungefähr 70 bis 80% ihrer Wähler unterstützten die offizielle Parteilinie. Die LeP und die GP gehörten zu den engagiertesten Vertretern der „Nein"-Seite. Fast 90% der LeP-Wählerschaft und 75% der Grünen unterstützten die offizielle Politik der Partei. Während sich die Parteiführung der CP (Zentrumspartei) und der CDP (Christdemokratische Partei) für ein „Ja" aussprachen, waren etwa 50% der Parteibasis gegen den offiziellen Kurz der Partei. Dieses Verhaltensmuster konnte im allgemeinen dem traditionellen Gegensatz zwischen rechten und linken Parteien in der schwedischen Politik zugeschrieben werden. Die linken Parteien traten in erster Linie gegen und Anhänger der rechten Zentrumspolitik für eine Mitgliedschaft in der EU ein.

Die Debatte, die dem Referendum vorausging, war intensiv, aber niemals überhitzt. Sie konzentrierte sich in erster Linie auf allgemeine und komplexe Themen wie die Frage der wirtschaftlichen Gewinne oder Verluste durch die EU-Mitgliedschaft, die Vereinbarkeit der militärischen Neutralitätspolitik Schwedens mit der EU-Mitgliedschaft oder auch die Konsequenzen für die nationale politische Souveränität. Darüber hinaus wurden auch landesspezifische Probleme angesprochen, wie etwa das Risiko eines aus der Verkaufsfreigabe alkoholischer Getränke resultierenden vermehrten Alkoholgenusses, das Risiko der Druckausübung seitens der EU auf Schweden zur Senkung der derzeitig hohen Umwelt-

standards und zur Einschränkung der Transparenz, aber auch mögliche Einschränkungen beim Verkauf von Schnupftabak.

Schweden als neues EU-Mitglied

Am 13. November 1994 gingen 83,3% der schwedischen Wähler zur Wahl, um zu entscheiden, ob Schweden Mitglied in der EU werden sollte. Zuvor hatten im gleichen Jahr Österreich und Finnland für die Mitgliedschaft gestimmt. Meinungsumfragen zufolge beeinflußten diese Resultate die schwedischen Wähler jedoch nur am Rande. Das Endergebnis stützte sich in erster Linie auf das Geschick der Wahlkampforganisationen, 20% der noch bis zuletzt unentschlossenen Wähler zu überzeugen.

Während in den Meinungsumfragen der letzten drei Jahre die „Nein"-Wähler dominierten, brachte der Umschwung unter den Unentschlossenen in den letzten Tagen schließlich den Sieg der „Ja"-Wähler. 52,3% stimmten dafür, 46,8% dagegen, und 0,9% enthielten sich der Stimme. Dabei überließen sie die Entscheidung den Politikern, da das Referendum formell nur eine beratende Funktion hatte. Dennoch hatten die Parlamentarier versprochen, das Ergebnis zu berücksichtigen, so daß das Referendum praktisch entscheidend war.

Die dem Referendum folgende Debatte zeigte jedoch, daß es weiterhin aktiven Widerstand gegen die schwedische EU-Mitgliedschaft geben wird. Die formelle Organisation der Mitgliedschaftsgegner wurde jedoch aufgelöst. Ihre Arbeit wird in der Zukunft in den politischen Parteien, den Gewerkschaften und anderen Organisationen fortgeführt werden.

1995 stehen schwierige Entscheidungen an

Eine der großen Sorgen der Schweden war die Finanzierung der Mitgliedschaft. 21 Mrd. schwedische Kronen (ungefähr 4 Mrd. DM), die an die EU gezahlt werden sollten, erschienen den meisten Schweden als eine unglaublich hohe Summe, in einer Zeit, in welcher die nationale Wirtschaft in ernsthaften Schwierigkeiten steckte.

Die Hoffnungen, daß mit der Senkung der Zinsraten und der Arbeitslosigkeit sowie dem Anstieg des BIP und der Exporteinkünfte die Kosten gedeckt würden, verwirklichten sich nur teilweise. Stattdessen mußte der Finanzminister im Januar 1995 einen Haushalt vorlegen, der deutlich die wachsenden Probleme aber auch den ernsthaften Willen zeigte, mit welchem die Regierung die Staatsfinanzen unter Kontrolle bringen wollte.

Trotz eines beträchtlichen, den Haushalt stärkenden Finanzpaketes von 60 Mrd. schwedischen Kronen wird für 1995/96 ein Haushaltsdefizit von ungefähr 200 Mrd. schwedischen Kronen (13% des BIP) erwartet, so daß für die Einführung neuer Projekte wenig Raum bleibt. Die Ausgaben wurden um 33 Mrd. schwedische Kronen gekürzt. Das restliche Defizit soll in erster Linie durch

Steuererhöhungen aufgebracht werden. Die Regierung hofft, mit diesen harten Maßnahmen die wachsende Staatsverschuldung aufzuhalten und das Haushaltsdefizit verringern zu können.

Allerdings sollte in diesem Zusammenhang auch erwähnt werden, daß Schweden trotz der dargestellten wirtschaftlichen Einschränkungen nach wie vor eine aktive Außenpolitik verfolgte: bedeutende Zusicherungen an die UN in bezug auf Bosnien und die OSZE, aktive und substantielle Unterstützung der baltischen Staaten, eine vergleichsweise liberale Einwanderungspolitik für Flüchtlinge sowie umfangreiche Auslandshilfe für Dritte-Welt-Länder.

Solch harte Entscheidungen, mit denen das schwedische Volk Anfang 1995 konfrontiert wurde, benötigen eine breite politische Unterstützung im Parlament. Die SDP-Minderheitsregierung hat sich in den ersten sechs Monaten ihrer Amtszeit an mehrere Parlamentsparteien des rechten und linken Flügels wenden müssen, um diese Unterstützung zu erhalten. Auch auf der Regierungskonferenz der EU 1996 sind noch zahlreiche schwierige Fragen zu behandeln, wie z. B. Schwedens Haltung gegenüber der Gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik, institutionelle Reformen, die Wirtschafts- und Währungsunion, europäische Arbeitsmarktprobleme, Bedrohung der Umwelt usw., so daß die Bildung einer Koalitionsregierung Ende 1995 zu einem heißen politischen Thema werden könnte.

Anmerkung

Übersetzt aus dem Englischen von Elisabeth Bambach, freie Übersetzerin, Hoppstädten-Weiersbach.

Weiterführende Literatur

Bildt, Carl: Suede: l'engagement européen, in: Politique internationale 63 (1994), S. 105–112.

Klotz, Sabine: Die Neutralitätspolitik Schwedens im Vergleich, Heidelberger Studien zur Internationalen Politik, Bd. 1, Münster 1994.

Kylhammer, Anders: The EEC Directive on product Liability: Its Implementation in Sweden, Stockholm 1994.

Lange, Falk: Schweden und die Europäische Union, in: Die neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte 11 (1994), S. 969–975.